

Ausland

Schweden

Schuldpruch gegen Assad-Soldaten

Vor zwei Jahren kam Mohammed Abdullah als Flüchtling nach Schweden, jetzt muss er als Kriegsverbrecher ins Gefängnis. Abdullah, 32, ist der erste Ex-Soldat der Armee von Diktator Baschar al-Assad, der wegen einer Tat im Syrienkrieg schuldig gesprochen wurde. Das Stockholmer Urteil gilt als Meilenstein der internationalen Bemühungen, die Gräueltaten

der syrischen Truppen juristisch zu verfolgen. Allerdings fällt die Strafe mit acht Monaten Haft relativ gering aus. Grund dafür ist die schwierige Beweislage. Das entscheidende Dokument in dem Verfahren ist ein auf Facebook gepostetes Foto. Es zeigt Abdullah in Uniform, wie er seinen Stiefel auf einen getöteten Gegner stellt und mit Siegermiene in die Kamera blickt, daneben liegen weitere Leichen. Mangels Zeugnisaussagen konnte das Gericht dem Beschuldigten nicht den

Mord an den Männern nachweisen. So blieb nur ein Urteil wegen Verletzung der Würde eines Toten. Weil „die Würde der Opfer noch nach ihrem Tod anerkannt wird“ und das Urteil die „Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Syrer“ attackiere, handle es sich laut Human Rights Watch trotz geringer Strafe um ein wegweisendes Urteil. Schweden und Deutschland sind zurzeit die einzigen Länder, die mutmaßliche syrische Kriegsverbrecher vor Gericht bringen. dip

Kongo

„Inszeniertes Chaos“

Die Afrika-Expertin **Ida Sawyer**, 33, von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch über die jüngsten Gewaltexzesse in der Demokratischen Republik Kongo

SPIEGEL: Wie bewerten Sie die Situation im Kongo?

Sawyer: In verschiedenen Regionen breiten sich plötzlich Gewalt und Instabilität aus wie etwa in der Kasai-Region, wo Regierungskräfte einen Stammesführer töteten. 5000 Menschen wurden umgebracht, 1,4 Millionen sind auf der Flucht, 80 Massengräber wurden gefunden. Die Verantwortung für das Morden wird den Regierungskräften zugeschrieben.

SPIEGEL: Ist die Opposition nicht mitschuldig?

Sawyer: Regierungsgegner und von der Regierung gestützte Milizen sind an Gewalttaten beteiligt gewesen. Dennoch, die Gewalt in Kasai wird von der Regierung als Vorwand genutzt, um keine Wahl abhalten zu müssen.

SPIEGEL: Jetzt gibt es neue Unruhen im Osten des Landes: im Süd-Kivu.

Sawyer: Dort hat sich eine Reihe bewaffneter Rebellen Gruppen gebildet, sie nehmen Dörfer ein und kämpfen gegen die Regierungsarmee und die Vereinten Nationen. Ihr Ziel ist es, Präsident Joseph Kabila zu stürzen, der illegal regiert. Es ist unklar, ob dies tatsächlich ein Protest des Volkes ist oder ob womöglich die Regierung dahintersteckt, die Chaos inszeniert, um eine Wahl unmöglich zu machen.

SPIEGEL: Haben Sie eine Erklärung dafür, dass Präsident Ka-

bila im Dezember vergangenen Jahres nicht verfassungsgemäß abgetreten ist?

Sawyer: Es hat sicherlich mit dem Vermögen zu tun, das die Familie angesammelt hat, auch schon zu Zeiten von Kabilas Vater. Experten von Bloomberg und der New York University schätzen die Einkünfte aus den über 80 Firmen, an denen die Familie beteiligt ist, auf mehrere Hundert Millionen Dollar. Gleichzeitig lebt die Bevölkerung in Armut und ist bedroht von Cholera.

SPIEGEL: Welche Zukunft für den Kongo ist denkbar?

Sawyer: Wenn sich Kabila weiterhin weigert, den Weg für Wahlen frei zu machen, und seine Strategie der Gewalt und der Repression fortsetzt, führt das zu noch mehr Instabilität im zweitgrößten Flächenland Afrikas. suk



Proteste gegen Präsident Kabila in Kinshasa

GUILLAUME BINET / NYOP

Fußnote

57335

Internetadressen mit kinderpornografischem Inhalt wurden allein 2016 von der Internet Watch Foundation gemeldet, über die Hälfte davon stammt aus Europa. Sie zeigen Nacktfotos und Videos von Minderjährigen, die teilweise von Verwandten gegen Geld ins Netz gestellt wurden. Bekannt wurde die Zahl auf einem Kongress gegen Kindesmissbrauch der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom.